

Ausgangslage

- Die Einnahmen öffentlicher Haushalte werden weiter zurückgehen.
- Entfernungen zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen wachsen.
- Der Anteil älterer Menschen an einer insgesamt rückläufigen Landesbevölkerung erhöht sich.
- Nach anfänglich geringen Unterschieden entwickeln sich die einzelnen Regionen zunehmend differenzierter, worauf die Raumordnungspolitik reagieren muss.

Wegbeschreibung

kein Wettbewerb um die mutigsten, sondern Wettbewerb um die solidesten Vorschläge mit Anderen

stärkere Bereitschaft zur Kooperation.

Instrumente einer demografischen Folgenabschätzung

neue Ausdeutung des Grundkonsenses in der Raumordnungspolitik

ausgewogene Landesentwicklung nur als Bürgerland

Thesen

1. Konzentration in der Fläche durch Stärkung zentraler Orte

Bei allen Standortentscheidungen, Investitionen der öffentlichen Hand sowie bei der Förderung privater Unternehmen muss sich am Zentrale-Orte-System des Landesentwicklungsplanes orientiert werden.

Ausgewogene Landesentwicklung erreichen wir durch ein Zusammenwirken des ländlichen Raumes mit den großen Städten, nicht aber durch eine einseitige Fixierung auf nur wenige Regionen.

Neben den Oberzentren Halle, Magdeburg und Dessau sind Mittelzentren, insbesondere an ausgewiesenen Entwicklungsachsen, als Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung beizubehalten.

In Zukunft wird es weniger zentrale Orte geben.

Zielorientierung für jeden Bürger des Landes ist es, entweder ein Grund-, Mittel- oder Oberzentrum in einer Zeitspanne von 30 bis 45 Minuten zu erreichen.

Wohnungsbautätigkeit wird sich stärker auf die zentralen Orte konzentrieren. Siedlungsschwerpunkte und Haltepunkte des ÖPNV sind zu harmonisieren. Regelmäßige Überprüfungen des kommunalen Finanzausgleiches (FAG) sollen die räumliche Verteilung von Funktionen berücksichtigen.

Raumplanung braucht eine europäische Dimension. Länderübergreifende Abstimmungen werden wichtiger. Verkehrswege als Entwicklungsachsen zwischen Kooperationsräumen sind aufzuwerten. Der ländliche Raum ist als Einheit zu betrachten.

Zusammenführung von Städtebau- und Wohnungsbauförderung, die stärker durch das Land und die Kommunen steuerbar werden.

2. Imagewandel für starke Oberzentren und Bildung einer Metropolregion Mitteldeutschland

Motor der Umland-Entwicklung

prägen die überregionale Wahrnehmung unseres Landes

Oberzentren sind in ihren Kultur-, Handels- und Freizeitfunktionen zu stärken

Die Europäische Kommission wertet „Metropolregionen“ förderpolitisch auf.

Metropolregion Mitteldeutschland entwickeln.

Hochschulen als regionale Leuchttürme der Wissenschaft

3. Weiterentwicklung des ländlichen Raumes

Instrumente der Landentwicklung in den Dörfern und Gemeinden sind:

- integrierte ländliche Entwicklungskonzepte
- Flurneuordnung,
- Dorferneuerung,
- ländliche Infrastruktur

Entwicklungsziele definieren

Stärkung des regionalen Denkens

konsequente Einbeziehung von Land-Stadt-Verbindungen vorzunehmen.

Bildung eines ländlichen Entwicklungsfonds unter Einbeziehung aller Fördermöglichkeiten.

Mobilisierung von Eigeninitiative

Stärkung von Netzwerken

Verwaltungsvereinfachung, Deregulierung

Zusammenfassung der Bewilligungsbehörden

4. Infrastruktur nach Bedarf ausrichten

Anbindung des ländlichen Raumes entscheidet über ausgewogene Landesentwicklung

Der tatsächlich ermittelte Bedarf und die Beachtung der Bevölkerungsentwicklung müssen Maßstäbe verkehrspolitischen Handelns sein.

Landesverkehrswegeplan ist regelmäßig, spätestens nach fünf Jahren, zu überprüfen

Intelligentes Flächenmanagement

verbesserte Brachflächenentwicklung

Nachfolgenutzung oder Umnutzung ausgewiesener Gebiete muss erleichtert werden.

Der Stadtumbauprozess ist unvermindert fortzusetzen. Dies gilt auch für den Städtebau im ländlichen Bereich.

Musterlösungen eines intelligenten Flächenmanagements entwickeln.

Brachflächenerfassung- und -aufbereitung - Arbeitssuchende qualifiziert und gefördert einsetzen

Rückbau- und Abrissmaßnahmen sollten generell keiner baurechtlichen Genehmigung mehr bedürfen.

5. Identität bewahren und Bindungen schaffen

entwickelte Leitziele einer Region sollen in der Förderpolitik des Landes Berücksichtigung finden

Haltefaktoren, wie ein intaktes Vereinsleben, brauchen höhere Aufmerksamkeit.

Subsidiaritätsprinzip strikt anzuwenden. In fachspezifischen Aufgabenbereichen sollen Gemeinschaftslösungen möglich bleiben.

Mittelinstanz erlaubt, Landkreise als bürgernahe Gebietskörperschaften zu erhalten.

Erhalt dezentraler Arbeitsplätze und Bildungsangebote in der Fläche
Landeseigene Wohneigentumsförderung - Wohnraumabgabe an Familien

6. Demografie-TÜV für landespolitisches Handeln

Geltende Standards sind im Sinne einer Mindestanforderung zu formulieren.
konsequenter Bürokratieabbau
keine ideologische Priorität mehr für den schienengebundenen Nahverkehr
Umsetzung des familienpolitischen Leitbildes
regelmäßige Fortschreibung der Bevölkerungsprognose
Verwaltung muss sich der demografischen Entwicklung anpassen, Abbau des Personalbestandes bleibt ständige Aufgabe.
Für Miet- und Pachtverträge möglichst Bindungszeiträume unter 10 Jahren
Chance Modernisierung - Behörden müssen Dienste vollständig online zur Verfügung stellen.
Strategische Partnerschaften - Zusammenführung von Fachplanungen.
Zweckverbände oder andere Vernetzungsformen
bürgerschaftliches Engagement der Älteren ausbauen - neue Qualität in der Alltagssolidarität.
Qualitatives Wachstum - Vom einstigen, allein quantitativ gesehenen Wachstumsdenken Abschied nehmen.

Überregional denken

Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Ländern
Experimentierklausel für die Anwendung von Bundesrecht
Weiterhin EU Unterstützung der Regionen mit Entwicklungsrückstand
interregionale Zusammenarbeit muss eigenständiger Förderbereich bleiben